

Bericht von der pax christi Diözesanversammlung in St. Peter 2020
(Samstag, 2. bis 4. Oktober 2020)

Was geht uns Palästina an? Diese Frage stand im Mittelpunkt der diesjährigen pax christi - Diözesanversammlung auf dem Lindenberg bei St. Peter mit den Referenten Ernst-Ludwig Vatter (Stuttgart, Foto links) und Manfred Jeub (Freiburg, Foto rechts) sowie Vertreter*innen der Gruppe "Palästina spricht" und "Cafe Palestine". Die Mitgliederversammlung unterstützte zudem die pax christi-Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“, alle derzeit in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln sich befindenden Menschen aus dringenden humanitären Gründen in Deutschland aufzunehmen.

Trump legt einen Friedensplan für Palästina vor und Israel und schließt Frieden mit den arabischen Nachbarländern Vereinigte Arabische Emirat VAE) und Bahrain. Müssen wir uns angesichts dieser Vorgänge als Christinnen und Christen noch um Palästina Sorgen machen?

Aber gewiss, sagt Ernst Ludwig-Vatter (Stuttgart), evangelischer Kirchenrat im Ruhestand, Mitglied in der pax christi AG-Nahost und einer von zwei Referenten der diesjährigen Diözesanversammlung zum Thema „Was geht uns Palästina an?“ im Haus Maria Lindenberg bei St. Peter. Mehr noch hätten wir jedoch als Christinnen und Christen in der aktuellen Situation eine besondere Verantwortung, so Vatter.

Denn als die israelische Regierung unter Netanjahu und Gantz beschloss, ab dem 1. Juli dieses Jahres 30% des palästinensischen Westjordanlandes zu annektieren – ein Verstoß gegen das Völkerrecht - stießen Christinnen und Christen aus Palästina einen „Schrei nach Hoffnung und einen Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln“ aus, in welchem sie die Christenheit in aller Welt bitten: „Könnt ihr uns helfen unsere Freiheit wiederzuerlangen?“

Dieser Schrei, der zurückgeht auf das „Kairos-Palästina-Dokument“, einer Erklärung, die von dreizehn kirchlichen Amtsträgern, Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen 2009 unterzeichnet wurde und die ein „Wort des Glaubens und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der Palästinenser“ darstellt, sei höchst aktuell, sagt Vatter, und zitiert daraus: „Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!“

Vatter bedauert, dass die Menschenrechts- und Völkerrechtsfragen in den Kirchen in Deutschland nicht thematisiert werden. Es gehe nicht um eine Ein- oder Zweistaatenlösung, sondern um ein friedliches Zusammenleben im Geiste der Liebe und Menschlichkeit. Vatter kritisiert, dass Israel, einmal aufgenommen in die UN, alle UN-Resolutionen missachtet. Eine doppelte Solidarität könne es im Fall Israel/Palästina nicht geben. Solidarität könne es nur mit den Leidenden geben.

Im Einzelnen veranschaulicht Vatter die Kritik an Israel am Beispiel der Nakba, der Vertreibung von 750.000 Palästinenser und der Zerstörung von 530 Dörfern vor und nach der Gründung des Staates Israel 1948, der Vertreibung nach dem Junikrieg 1967 und den Vertreibungen im Rahmen der schleichenden Annexionen bis heute. Beispielhaft für das palästinensische Leben unter der nun andauernden 53 jährigen Besatzung ist die strukturelle Gewalt mit dem Ziel, die Palästinenser zu vertreiben und sich ihr Land anzueignen: die tägliche Gewalt durch israelisches Militär, die zunehmende Gewalt durch Siedler, die Kontrollen durch Check-Points, die Trennmauer, die willkürliche Administrativhaft, die Beschlagnahme von Wasserquellen, der Landraub, die Hauszerstörungen per Gesetz u.a. mehr. Unter den Palästinensern herrsche Verzweiflung und Resignation.

Manfred Jeub (Freiburg) evangelischer Schuldekan i.R., Mitglied im Forum FriedensEthik in der Evangelischen Landeskirche in Baden knüpft an den „Schrei nach Hoffnung“ aus Palästina an. Für ihn handelt es sich dabei um eine Bekenntnisfrage: „Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!“ Schweigen ist Schuld (nicht Gold!). Jeub geht vom Versagen der Kirchen im Nationalsozialismus aus und zitiert Bonhoeffer, der an einen Freund schreibt: "Es muß endlich mit der theologisch begründeten Zurückhaltung gegenüber dem Tun des Staates gebrochen werden - es ist ja alles nur Angst! [...] Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“ Abgewandelt heiße dies: Nur wer mit den Palästinensern schreit, dürfe auch Hevenu schalom singen. Jeub weist die in evangelischen Kirchen verbreitete Position, der Staat Israel sei ein Zeichen der Treue Gottes zu seinem Volk ausdrücklich zurück. Eine „Israeltheologie“, die das Völkerrecht untergräbt, sei inakzeptabel. Der biblische Erwählungsglaube fordere auf, die Gebote Gottes zu befolgen. Erwählung sei als Anspruch zu verstehen, nicht als Privilegierung! Aus dem weitgehenden Versagen der Kirchen gegenüber den Verbrechen der Nazizeit seien klare Lehren zu ziehen: das Bestehen auf der einen unantastbaren Menschenwürde und das unbedingte Eintreten für die daraus folgenden universellen Menschenrechte. Das schließe alle Menschen ein und gelte auch für Palästinenser.

Jeub klärt die Begriffe Antisemitismus als Form des Rassismus, Antijudaismus als Überwindung des Judentums durch das Christentum und Antizionismus, der in seiner extremen Form dem Staat Israel die Existenzberechtigung abspricht und in seiner gemäßigten Form die Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen des Staates Israel kritisiert. Bei der Kritik am Staat Israel höre die Meinungsfreiheit in Deutschland jedoch schnell auf. Da werden selbst Juden zu Antisemiten gemacht, wie es zum Beispiel der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ erging: dieser wurde von der Bank für Gemeinwirtschaft, die mehrheitlich den beiden Kirchen gehört, das Konto gekündigt. Die Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die „Jüdische Stimme“ wurde von Josef Schuster, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, zu verhindern versucht, weil sie angeblich eine Boykott-Initiative gegen Israel unterstütze. Jeub kann noch viele Beispiele von boykottierten und verhinderten Veranstaltungen nennen. So konnte nur aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils in letzte Minute eine Gedenkveranstaltung von „Palästina spricht“ für die Opfer des Gaza-Kriegs von 2014 auf dem Platz der der Alten Synagoge in Freiburg stattfinden. Es sollte ihnen nicht möglich gemacht werden, über ihre Schmerzen an diesem Ort zu sprechen. Jeub fordert deshalb eine Antisemitismusdebatte: „Wogegen wir uns wehren und andere in Schutz nehmen müssen, ist die Diskriminierung von Palästina-Solidarität und Israelkritik als antisemitisch.“

Die Mitgliederversammlung 2020 von pax christi Freiburg endete schließlich mit dem einstimmigen Beschluss, die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ zu unterstützen. Diese Kampagne, die am 1. September von pax christi im Bistum Limburg gestartet wurde und die zwischenzeitlich von mehreren katholischen Verbänden, Ordensgemeinschaften und Katholiken- bzw. Diözesanräten unterstützt wird, fordert die rasche Aufnahme der Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Ägäis-Inseln.

„Für uns als Christinnen und Christen ist klar: Unabhängig von parteipolitischen Auseinandersetzungen ist eine Aufnahme der Menschen aus den überfüllten Flüchtlingslagern jetzt dringend geboten. Wir können nicht weiter zuschauen, wie die EU auf Kosten menschlicher Schicksale Politik betreibt“, sagt Christof Grosse, einer der beiden Sprecher von pax christi im Erzbistum Freiburg.

Die Bundesregierung müsse jetzt handeln, damit die Menschen in Moria auf Lesbos und auch in den anderen Lagern auf den Inseln der Ägäis kein weiteres Weihnachten verbringen müssen, so Christof Grosse.